

Die "Basiserzählung" und die NS-Vergangenheit: zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland

Herz, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Herz, T. (1996). Die "Basiserzählung" und die NS-Vergangenheit: zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 91-109). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140777>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die »Basiserzählung« und die NS-Vergangenheit

Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland

Thomas Herz

1. Die gegenwärtigen Erklärungen des Rechtsradikalismus sind ungenügend

Mit Beginn des Jahres 1989 nehmen Rechtsextremismus, Neonazismus und Antisemitismus in Deutschland schnell zu. Niemals seit 1945 sind so viele Menschen von rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Personen umgebracht worden wie in den 1990er Jahren. Die Leugnung von Auschwitz wird wieder populär und führt zu Gerichtsurteilen mit erstaunlichen Begründungen. Die gegenwärtigen Erklärungen des Rechtsradikalismus beziehen sich auf solche Faktoren wie Modernisierung (die Rechtsradikalen sind die sogenannten Verlierer des Modernisierungsprozesses), ökonomische Unzufriedenheit, Autoritarismus usw. Diese Faktoren sollte man zwar nicht vernachlässigen, allerdings sind solche Erklärungen zu individualistisch, zu a-historisch und zu a-politisch. Angriffe auf Fremde und Asylsuchende, die Zerstörung jüdischer Friedhöfe, antisemitische Angriffe und andere Erscheinungen der letzten sechs Jahre haben eins gemeinsam: Die Akteure verorten ihre Handlungen in einem historischen Kontext – dem Nationalsozialismus. Niemals seit 1945 haben Individuen und Gruppen so offen und so unverblümt sich auf die Nazizeit bezogen. Die NS-Zeit verliert etwas von ihrer Bedrohlichkeit und von den impliziten Sanktionen, die mit deren »Handhabe« verbunden sind. Im folgenden werde ich nachweisen, daß diese Veränderung und die Art und Weise, wie man mit der NS-Zeit umgeht, Teil einer Veränderung der *Basiserzählung* ist, derjenigen Narration, die Herrschaftsbeziehungen in der Bundesrepublik und in Deutschland legitimiert. Nur, wenn wir die Veränderung der Basiserzählung in unsere Erklärungen einbeziehen, sind wir in der Lage, die genannten Erscheinungen angemessen zu erklären. Nur so kann man erklären, *wie* sie ablaufen. Mit *wie* meine ich nicht die Erklärung des Ablaufs eines Angriffs auf ein Asylbewerberheim. Ich meine den *kulturellen*

Kontext, in dem diese Handlungen situiert sind, und der sie möglich macht. Nur, wenn wir die Bedeutung, die den Ereignissen zugewiesen wird, in unsere Erklärungen einbeziehen, ist es möglich, auch eine angemessene Erklärung der Geschehnisse zu formulieren. Im folgenden werde ich einige Ideen, die im Rahmen eines Forschungsprojekts entstanden sind, anwenden. Das Projekt behandelte Konflikte über die NS-Zeit nach 1945.

2. Idee, Inhalt und Funktion der Basiserzählung

Die bekannteste und angesehenste nationale Tageszeitung in Deutschland ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Jeden Tag veröffentlicht sie Leserbriefe. Am 1. März d.J. erschienen acht Briefe. Davon hatten vier die NS-Vergangenheit zum Thema. Der erste Leserbriefschreiber bezog sich auf eine Ausstellung von Gemälden der deutschen Romantik, die in London stattfand. Offensichtlich hatten die englischen Kritiker eine Beziehung gefunden zwischen der Romantik und dem Nationalsozialismus. Dies, so der Schreiber, sei typisch englisch. Es sei typisch für eine bestimmte Sorte von Engländern, denen es egal sei, daß man ein Denkmal für einen Kriegsverbrecher errichte. Er bezog sich hier auf den »Air Chief Marshall« Harris, der verantwortlich war für das Bombardement von Dresden. Der zweite Brief wandte sich gegen einen Artikel über den ehemaligen Gewerkschaftsführer Heinz Kluncker. In dem Bericht hieß es, Kluncker »war ein Soldat der Nazis«. Der Leserbriefschreiber argumentierte, Soldaten hätten nicht umhin gekonnt, eingezogen zu werden. Sie konnten sich nicht dem Kampf entziehen. Sie taten nur ihre Pflicht. Die Deutschen hatten Hitler gewählt, weil sie glaubten, er würde die Dinge zum Besseren wenden. Hätten sie gewußt, was auf sie zukam, hätten sie niemals für den Mann aus Braunau gestimmt. Die beiden anderen Briefe beschäftigten sich mit der Vertreibung der Deutschen aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern am Ende des Krieges. Die Autoren beklagten das Schicksal der Vertriebenen und unterstrichen den Beitrag, den diese für den Aufbau Deutschlands »aus Trümmern, Schutt und Asche« (FAZ, 1. 3. 1995) geleistet hätten.

Die Leserbriefe enthalten eine Reihe von »Kurzgeschichten«. Sie können zusammengefaßt werden unter der Überschrift »Aufrechnen«: Aufrechnen gegen die Engländer, Aufrechnen gegen die Polen, Aufrechnen gegenüber denjenigen, die ihr eigenes Nest beschmutzen. Man findet solche Briefe in der FAZ regelmäßig. Allerdings erscheinen die Briefe am 1. März nicht zufällig. Sie müssen in einem breiteren historischen Kontext gesehen werden. Zwei Wochen davor wa-

ren die Zeitungen voll von Berichten über die Bombardierung Dresdens. Zwei weitere Wochen davor enthielten die Zeitungen viele und ausführliche Berichte über Auschwitz. Die Briefe sind deshalb Antworten auf das fundamentale Dilemma der deutschen politischen Kultur: Wie geht man mit der NS-Vergangenheit um? Des weiteren muß man die »Kurzgeschichten« als Teil einer umfassenderen Narration sehen, nämlich der Basiserzählung.

In einem Beitrag zu den jüngsten rechtsradikalen Ereignissen definiert ein Freund und Kollege den Begriff der *Basiserzählung* in folgender Weise: »Die Basiserzählung ist diejenige Konstruktion der Geschichte einer Gesellschaft und Kultur, die die beherrschende legitimatorische Konstruktion der Vergangenheit enthält und deshalb in den Konflikten um die Konstruktionen der Vergangenheit unausweichlicher Bezugspunkt ist. Aus diesem Grund zeigt der Wandel der Basiserzählung immer grundlegende Veränderungen der politischen Kultur an« (v. Trotha 1993, 6 – 7).

Die Basiserzählung der Bundesrepublik ist die NS-Vergangenheit und ihre »Aufarbeitung« nach 1945. Die Basiserzählung lautet in etwa wie folgt:

Das deutsche Volk sah sich eines Tages mit den Nationalsozialisten konfrontiert. Die Nazis errichteten ein totalitäres und despotisches Regime. Es war ein Willkür- und Unrechtsstaat. Es gab Widerstand gegen dieses Regime, denn das deutsche Volk war verleitet worden. Die Deutschen waren in Wirklichkeit eine »Gemeinschaft« der Leidenden. Dies gilt vor allem für die Soldaten. Sie kämpften für ihr Vaterland und nicht für die Nazis. Ein Mittel, um das Herrschaftssystem zu stabilisieren, war der wirtschaftliche Erfolg, zumindest bis Anfang des Krieges. Nach dem Krieg hat man sich erfolgreich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Die Deutschen haben aus der Vergangenheit gelernt. Das Wirtschaftswunder und der Wohlfahrtsstaat haben dazu beigetragen, eine stabile Gesellschaft zu errichten. Die Bundesrepublik ist pluralistisch und offen. Die Vernichtung der europäischen Juden war ein Verbrechen, aber auch die Vertreibung der Deutschen war ein Verbrechen. Andere Länder haben auch Kriegsverbrecher. Es gibt keine Kollektivschuld, nur Kollektivverantwortlichkeit. Die Deutschen haben Wiedergutmachung an das jüdische Volk geleistet und haben die Verbrecher verurteilt. Das Leiden an der NS-Vergangenheit ist Teil des jüdischen, nicht aber des deutschen Schicksals.

Die Basiserzählung ist eine Erzählung darüber, wie die Deutschen an die Nazis gerieten, was sie während des Krieges taten, was dann nach Ende des Krieges geschah, und welche Konsequenzen sie daraus zogen. Die Basiserzählung besteht aus einer Anzahl »Kurzgeschichten«, »Kleinstserzählungen« und »Plots«. Sie können in unterschiedlicher Weise zusammengestellt werden, je nach Thema bzw. Dilemma, das es zu »lösen« oder zu regeln gilt.

Der Kern der Basiserzählung ist die Vernichtung der europäischen Juden. Gäbe es nicht »Auschwitz«, dann wäre das Nazi-Regime ein Regime unter vielen in der jüngsten Vergangenheit. Wir würden dann über das NS-Regime sprechen, wie wir über die Zeit zwischen 1914 und 1918 sprechen. Das bedeutet nicht, daß die Vernichtung der europäischen Juden im Zentrum der Basiserzählung steht – im Gegenteil. Wie die Rekonstruktion der Basiserzählung, die ich soeben wiedergegeben habe, zeigt, wird sie selten erwähnt. Die Basiserzählung ist eine Konstruktion, deren Funktion es ist, dieses Thema zu umgehen. Man kann die Basiserzählung mit Techniken der Neutralisierung vergleichen, wie sie Sykes und Matza (1957) für den Umgang mit abweichendem Verhalten beschrieben haben. Die Funktion besteht darin, die NS-Vergangenheit zu neutralisieren. Der Mord an den europäischen Juden ist die Quelle, aus der Konflikte über die NS-Vergangenheit mit Strom versorgt werden. Die Quelle wird selten sichtbar.

Die Funktion der Basiserzählung muß historisch gesehen werden. Laut der Basiserzählung mußte es einen klaren Schnitt zwischen der NS-Vergangenheit und der Bundesrepublik geben. Institutionen und die politische Kultur des neuen Staates mußten von allen Resten des Nationalsozialismus befreit werden. Das bedeutet, daß es weder Personen noch ideologische Elemente noch institutionelle Strukturen geben darf, die an die NS-Vergangenheit anknüpfen. Antisemitismus, plötzlich auftauchende Informationen über die »braune« Vergangenheit einer bekannten Person und vergleichbare Ereignisse widersprechen der Grundannahme einer Abgrenzung zwischen der NS-Vergangenheit und der Bundesrepublik. Jedes solches Ereignis widerspricht der Annahme einer »Stunde Null«. Da die Abgrenzung der Bundesrepublik vom NS-Regime zu den grundlegenden Annahmen, auf denen die Legitimität der Bundesrepublik beruht, gehört, stellt jedes abweichende »Ereignis« die Legitimität der Bundesrepublik in Frage. In solchen Fällen kann man zwei Funktionen der Basiserzählung ausmachen. Erstens liefert sie eine Anzahl von »accounts« (Scott und Lyman 1968) für Verhalten. Die oben erwähnten Techniken der Neutralisierung von Sykes und Matza (1957) sind eine Form solcher »accounts«. Diese Erklärungen neutralisieren abweichendes Verhalten. Die Funktion der Basiserzählung ist in dieser Weise die Legitimierung von Handeln. Auf der anderen Seite erlaubt die Basiserzählung die Bestrafung, die Marginalisierung und die Ausgrenzung von Abweichlern. Die Basiserzählung legitimiert aus dieser Perspektive die Bestrafung von Abweichlern.

Diese beiden Funktionen sind miteinander verknüpft. Solange es möglich ist, abweichendes Verhalten zu neutralisieren, wird man dies auch tun. Neutralisierung von abweichendem Verhalten in spezifischen Fällen bedeutet, daß es »eigentlich« kein abweichendes Verhalten, keinen Verstoß gegen Normen gab. Jeder einzelne Fall einer solchen Erklärung bestärkt die Annahme eines Schnitts

und einer Abgrenzung zwischen der NS-Vergangenheit und der Gegenwart. Wenn dies nicht länger möglich ist, z.B. bei unverblühten antisemitischen Äußerungen, wird man schließen, daß ein Verstoß gegen Normen vorliegt. Man wird dann u.U. den Abweichler bestrafen.

Die Basiserzählung ist eine Erzählung, eine Narration. Sie ist Teil der politischen Kultur. Politische Kultur umfaßt weit mehr als nur die Basiserzählung, aber die *Anwendung* der Basiserzählung ist ein zentraler Teil der politischen Kultur. Die Basiserzählung wird angewandt, indem spezifische Inhalte, z.B. Argumente oder »Kurzgeschichten«, zur Deutung eines spezifischen Falles herangezogen werden. Das bedeutet, daß die Basiserzählung in ihrer Anwendung kleinen Veränderungen unterliegt (vgl. Sahlin 1975). Diese Veränderungen sind abhängig von sozialen, kulturellen und politischen Gegebenheiten. Um die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen die Basiserzählung angewandt wird, beziehe ich mich auf den französischen Anthropologen Bayart (1989), der den Begriff der *Historizität* bei der Analyse afrikanischer Gesellschaften angewandt hat. Historizität meint: Politische Kultur ist ein *Prozeß*. Politische Kultur wird in *Konflikten* erzeugt. Politische Kultur ist das Ergebnis *langer Entwicklungen* (»developments de longue durée«). Politische Kultur kommt in *Diskursen* zum Ausdruck. Politische Kultur wird von *Eliten* erzeugt. Zwei weitere Elemente der politischen Kultur möchte ich hier besonders betonen. Unter politischer Kultur verstehe ich ein *System von Bedeutungen*. Ich beziehe mich auf Clifford Geertz und wende seine Definition von Kultur auf politisches Handeln an. Danach besteht politische Kultur aus »sozial etablierten Strukturen von Bedeutungen, anhand derer Menschen Dinge tun« (Geertz 1973, 12). Schließlich ist das Studium der politischen Kultur, d.h. der methodische Zugang, *mikroskopisch* (Geertz 1973, 21). Bedeutungssysteme sind Bezugsrahmen. Akteure beziehen sich auf einzelne Elemente dieser Bedeutungssysteme, auf spezifische Worte, Argumente, Ideen und Konzepte, je nach Situation und je nach Dilemma, die es zu lösen oder zu regeln gibt. Bedeutungssysteme stehen nur selten insgesamt auf dem Prüfstand. Ausnahmen sind z.B. die, die Thomas Kuhn (1962) unter dem Begriff des Paradigmenwechsels analysiert hat. In der Regel verändert sich nur die Bedeutung einzelner Elemente einer politischen Kultur und einer Basiserzählung. Bedeutung kann man deshalb am besten in kleinen Phänomenen, in nebensächlichen Handlungen beobachten.

Im folgenden kann ich nicht auf alle Eigenschaften der Historizität der politischen Kultur, die ich oben skizziert habe, eingehen. Ich werde nur einen Aspekt, nämlich das Handeln von *Eliten*, aufzeigen können. Die anderen Eigenschaften werde ich nur kurz streifen. Was bedeutet es zu sagen, daß die politische Kultur von Eliten erzeugt wird? Zunächst bedeutet es, daß Mitglieder der Führungs-

gruppen einen privilegierten Zugang zu den Medien haben. Dadurch können sie definieren, wie wir die Vergangenheit wahrnehmen. Unter Führungsgruppen meine ich die Inhaber von leitenden Positionen in den zentralen Institutionen, in den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. Eliten sind aber nur deshalb interessant, weil sie eine besondere Macht besitzen bzw. Herrschaft ausüben. Indem sie eine spezifische Wahrnehmung der Vergangenheit erzeugen, können Mitglieder der Eliten ihre Macht bzw. Herrschaftssysteme legitimieren oder Herrschaftsbeziehungen herausfordern (Bourdieu 1992a; 1992b; Garland 1990, Kap. 2). Im folgenden werde ich mich mit der Anwendung der Basiserzählung beschäftigen und deren Bedeutung für die jüngsten Ereignisse erläutern.

3. Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und die Basiserzählung

Während der letzten sechs Jahre hat es in Deutschland eine Reihe wichtiger Ereignisse gegeben. 1989 fiel die Mauer. 1990 vereinigten sich die DDR und die Bundesrepublik. Von 1989 an nahm die Zahl der Angriffe auf Asylsuchende, Mitglieder von Minoritäten und Fremde zu. Die Zahl der jüdischen Friedhöfe, die geschändet wurden, stieg rapide. Namen wie Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln und Solingen waren zu Zeit der jeweiligen Ereignisse in der ganzen Welt bekannt. Eine Statistik reicht, um die Ereignisse zu charakterisieren: 1984 gab es 74 Gewalttaten¹ mit rechtsextremistischem Hintergrund in der Bundesrepublik. 1989 hatte die Zahl 103 erreicht. 1992 betrug sie 2639, 1993 2116 und 1994 1233².

Für die folgende Darstellung ist es, wie ich in der Einleitung beschrieben habe, wichtig, die Gemeinsamkeit der Ereignisse herauszustellen. Ich skizziere im folgenden den *kulturellen Kontext* oder das *Bedeutungssystem*, in dem die Ereignisse stattfinden, an drei Beispielen.

a) Zunächst sind die »spektakulären« Fälle zu nennen, wie die Angriffe auf Unterkünfte für Asylbewerber. Beispiele sind die Ereignisse in Hoyerswerda (18.9. – 24.9.1991) und in Rostock-Lichtenhagen (22.8. – 27.8. 1992). Die Attacken dauern mehrere Tage. Die Angreifer werden von den Zuschauern angefeuert. Die Polizei schreitet nur zögerlich ein. Die lokalen Verwaltungen geben nach und siedeln die Asylbewerber um.

b) Als zweites sind zu nennen die vielen antisemitischen Angriffe und Ausfälle. In Rostock wird am 2.11.1992 Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, antisemitisch angepöbelt. Er war aus Anlaß der Angriffe auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen zwei Wochen zuvor, mit einer De-

legation des Zentralrates, nach Rostock eingeladen worden. Der Besuch war auf Einladung des Präsidenten der Rostocker Bürgerschaft, Christoph Kleeman (Neues Forum), zustande gekommen. Auf einer Pressekonferenz wird Bubis von dem CDU-Politiker und Vorsitzenden des Innenausschusses der Bürgerschaft, Schmidt, gefragt:

»Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?« (Frankfurter Neue Presse 2.11.1992).

c) Der dritte Typus wird repräsentiert durch das Urteil gegen den Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Deckert. Er wurde vom Landgericht Mannheim im Juni 1994, wegen der Leugnung von Auschwitz, zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt. In der Urteilsbegründung äußert sich das Gericht positiv über den Angeklagten. Er habe nur das deutsche Volk vor den übertriebenen Forderungen der Juden nach Wiedergutmachung schützen wollen. Seine Motive seien lauter. Er habe allerdings einen falschen Weg gewählt (Althaus 1995).

Die Handlungen der Akteure haben eines gemeinsam. Sie stellen eine Verbindung zum Nationalsozialismus her. Die Jugendlichen richten ihre Attacken gegen Personen und Gruppen, die traditionell zu den Feinden rechtsradikaler Personen, Gruppen und Parteien gehören: *Ausländer, Minderheiten und da vor allem Juden sowie »Schutzlose«*. Desweiteren benutzen sie Symbole, die direkt auf den *Nationalsozialismus* verweisen: Hakenkreuze, SS-Runen, den Hitler-Gruß. Sie skandieren NS-Lieder. Die Unverblümtheit, mit der in den 1990er Jahren NS-Symbole benutzt und typische Gegner attackiert werden, hat nach 1945 keine Parallele.

Der CDU-Politiker in Rostock stellt eine Beziehung zwischen den Angriffen auf das Asylbewerberheim und Juden, Israel und den Palästinensern her. Dies verweist in doppelter Weise auf die NS-Zeit. Erstens sind *alle* antisemitischen Attacken nach 1945 unweigerlich mit der NS-Zeit und mit der Basiserzählung verbunden. Zweitens gehört es zum Standardrepertoire des »Aufrechnens«, Antisemitismus in der Bundesrepublik mit Israel und den Palästinensern zu verknüpfen.³

Der Richter schließlich, der die oben genannte Urteilsbegründung verfaßte, vergleicht sein Urteil mit dem Urteil gegen Hitler 1923 (Süddeutsche Zeitung 5.9.1994).

Die Akteure, die in ganz unterschiedlichen institutionellen Rahmen handeln, situieren ihre Handlungen in einem historischen Kontext, im Kontext des Nationalsozialismus. Nie vorher in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Menschen so positiv zum Nationalsozialismus bekannt wie in den 90er

Jahren. Nur, wenn man dieser gemeinsamen Bedeutung Rechnung trägt, wird man in der Lage sein, eine angemessene Erklärung für einzelne Ereignisse zu liefern.

Ich greife hier eines der Ereignisse heraus, um meine Erklärung fortzuführen. Ich behandle die Angriffe auf Asylbewerber und die mit ihr einhergehende Fremdenfeindlichkeit. Ich stelle zunächst die »konventionelle« Erklärung solcher Phänomene dar und weise auf ihre Defizite hin, um dann auf diesem Hintergrund meinen Ansatz zu erläutern.

Gegenwärtig gibt es eine große Anzahl von Veröffentlichungen über Rechtsradikalismus (drei Sammelwerke mit insgesamt 74 Artikeln mögen genügen, um dies zu unterstreichen: Kowalski und Schroeder 1994; Butterwege/Isola 1991; Otto/Merten 1993). Selten beziehen sich die Autoren auf die NS-Vergangenheit. Die typische Erklärung greift Ereignisse heraus und isoliert sie von ihrem historischen, kulturellen und politischen Kontext. Ich habe hier ein Beispiel herausgegriffen, um die konventionelle Erklärung von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu illustrieren. Es handelt sich um einen differenzierten Beitrag eines Soziologen, der mit Methoden der empirischen Sozialforschung vertraut und in der Lage ist, die Inhalte von Umfragen zu analysieren und zu deuten, ohne gleich mit den »Marterinstrumenten« der multivariaten Analyse zu hantieren. Der Artikel ist in keiner Weise apologetisch. Und trotzdem bleibt am Ende die zentrale Frage offen. Der Artikel »begs the question«.

Jüngst hat Manfred Kuechler, ein Soziologe, der in den Vereinigten Staaten arbeitet (City University of New York), einen Artikel veröffentlicht, der sich mit Fremdenfeindlichkeit beschäftigt (Kuechler 1994). Kuechler stellt seine Analyse eindeutig in den Kontext der Ereignisse, die ich oben geschildert habe. Die Analyse beruht auf deutschen und europäischen repräsentativen Umfragen. Seine Ergebnisse können wie folgt zusammengefaßt werden:

- a. Einstellungen zu Gastarbeitern werden in Deutschland zwischen 1980 und 1992 *positiver*.
- b. 90 % der Deutschen in Ost und West *unterstützen* das grundgesetzlich verankerte Recht auf Asylsuche. Gleichzeitig glaubt ein fast ebenso großer Anteil, daß das Recht auf Asyl *mißbraucht* wird. »Die allgemeine Befürwortung einer Änderung des Grundgesetzes übte starken Druck auf die politischen Parteien aus zu handeln« (Kuechler 1994, 58, Übers. v. T.H.).
- c. »Die Einstellungen der Bevölkerung zu Ausländern in Deutschland ist *nicht wesentlich anders* als in anderen Ländern. Nach bestimmten Indikatoren sind Länder, die sonst als liberal und/oder als kosmopolitisch gelten, wie die Niederlande oder Dänemark, stärker fremdenfeindlich als Deutschland. Xenophobie ist in Deutschland stärker ausgeprägt als in den anderen Ländern.«

phobie ist in Frankreich und in Großbritannien gleich weitverbreitet wie in Deutschland« (Kuechler 1994, 66, Hervorh. u. Übers. v. T.H.).

- d. »Obwohl ein nazi-ähnlicher Rassismus nur in bestimmten Nischen der Gesellschaft zu finden ist, gibt es weitverbreitete Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Die wichtigste Ursache für die verbreiteten negativen Einstellungen gegenüber Ausländern liegt in *ökonomischen Sorgen und im Neid*« (Kuechler 1994, 72, Hervorh. u. Übers. v. T.H.).

Nach der Lektüre des Artikels fragt der Leser, wie es denn dann zu den Attacken auf die Ausländer kommt?⁴ Wenn die Einstellung zu Gastarbeitern bis 1992 positiver geworden ist, wenn Deutschland sich nicht von anderen europäischen Ländern unterscheidet, und wenn sogar liberale und demokratische Gesellschaften eine größere Fremdenfeindlichkeit haben als die Deutschen, warum dann die Attacken auf Asylbewerber? Wie kann man die weitverbreitete Unterstützung des Rechts auf Asyl mit der »weitverbreiteten Fremdenfeindlichkeit« auf einen Nenner bringen? Welches ist die Beziehung zwischen »dem nazi-ähnlichen Rassismus« und »der weitverbreiteten Fremdenfeindlichkeit in Deutschland«? Kuechlers Antwort lautet: ökonomische Sorgen und Neid. Sie ist aber a-historisch, a-politisch und individualistisch. Man kann die Ereignisse nur dann erklären, wenn man sie auf *kollektive Deutungen* zurückführt. Sie binden die Handlungen von Tätern mit der »verbreiteten Fremdenfeindlichkeit« zusammen. Es sind diese kollektiven Deutungen, die den Handlungen der Akteure ihre *Zielrichtung* und *Bedeutung* geben.

4. Veränderung der politischen Kultur

4. 1. Das Asylrecht: Ein Fall des institutionellen Vergessens und der institutionellen Stigmatisierung

Ich möchte hier den Faden, den Kuechler gesponnen hat, wieder aufgreifen und auf die Angriffe auf Asylbewerber eingehen.

Absatz 2 des Art. 16 des Grundgesetzes regelt das Recht auf Asyl. Bis Mitte 1993 lautete dieser Absatz: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. Wie ich bereits erwähnt habe, unterstützen 90 % der Bevölkerung das grundgesetzliche Recht auf Asyl. Ein fast gleich großer Anteil glaubt allerdings, daß das Recht auf Asyl mißbraucht wird (Kuechler 1994). Wie kann man diesen Widerspruch erklären? Nur ein winziger Teil der deutschen Bevölkerung hat mit Asylbewer-

bern Kontakt und weiß etwas über Ursachen und Motive der Flucht. Man kann den Widerspruch nur erklären, wenn man den Diskurs über Asyl und über Fremde in die Erklärung einbezieht. Der Widerspruch spiegelt genau die Absichten der deutschen Bundesregierung, die zu einer Änderung des Asylrechts führten, wider. Als die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zusammen mit der SPD einen Kompromiß über die Frage, wie das Asylrecht zu ändern sei, suchten, war deren »Botschaft«: Wir werden das Recht auf Asyl prinzipiell nicht antasten. Wir möchten das Recht auf Asyl »als solches« nicht verändern. Wir müssen aber das Recht auf Asyl revidieren, damit kein Mißbrauch getrieben wird. M.a.W.: Der *Diskurs* enthält einen fundamentalen Widerspruch, der in den Einstellungen der Bevölkerung *und* in der dann beschlossenen Veränderung des Asylrechts zum Ausdruck kommt. Die Ergänzung des Grundgesetzes macht es fast unmöglich für jemanden, legal das Recht auf Asyl in Anspruch zu nehmen.⁵ M.a.W.: Es ist viel zu einfach und einseitig zu sagen, »die allgemeine Befürwortung einer Änderung des Grundgesetzes übte starken Druck auf die politischen Parteien aus, zu handeln« (Kuechler 1994, 58). Der Diskurs, der zu den Attacken und zu einer Änderung des Asylrechts führt, ist ein langandauernder und komplexer Prozeß, in dem die Eliten eine entscheidende Rolle spielen.

Absatz 2 des Art. 16 des Grundgesetzes kam als Reaktion auf das Schicksal derjenigen zustande, die in der Nazizeit aus Deutschland flohen. Juden, Kommunisten, Sozialisten und andere, die sich gegen das Regime wandten, hatten große Schwierigkeiten, Asyl in anderen Ländern zu finden. Die Debatte im Parlamentarischen Rat 1948/1949, die zu der Annahme des Grundgesetzes 1949 führte, behandelte auch das Recht auf Asyl. Die Parlamentarier diskutierten viele Probleme und benutzten viele Argumente, die im Diskurs in den 90er Jahren wieder auftauchen. Die entscheidende Frage war, ob politisches Asyl an Bedingungen geknüpft sein oder unbedingt gelten sollte. Es war ein Parlamentarier der konservativen CDU (v. Mangoldt), der die Formulierung vorschlug, die dann bis Mitte 1993 galt. In einer Debatte am 19. November 1948 sagte er: »Nimmt man eine solche Beschränkung auf, dann kann die Polizei an der Grenze machen, was sie will. Es ist dann erst eine Prüfung notwendig, ob die verfassungsmäßigen Voraussetzungen des Asylrechts vorliegen oder nicht. Diese Prüfung liegt in den Händen der Grenzpolizei. *Damit wird das Asylrecht vollkommen unwirksam.* Wir haben dafür Erfahrungen aus dem letzten Krieg, namentlich von der Schweiz her« (Schneider 1992, 223. Hervorhebung im Original).

Die Argumente des Parlamentariers v. Mangoldt drücken aus, was ein Element der Basiserzählung werden sollte: *Wir haben aus dem Nationalsozialismus gelernt.* Wir haben Institutionen geschaffen, die es unmöglich machen, daß sich die Geschichte wiederholt. Wir werden es nicht zulassen, daß erneut Menschen

auf Grund von politischer Verfolgung an unseren Grenzen abgewiesen werden. Dieser Teil der Basiserzählung wird im Laufe der Zeit vergessen. Ich nenne diesen Diskurs einen Prozeß des institutionellen Vergessens. Er ist die Voraussetzung für die institutionelle Stigmatisierung.

Die jüngste Asyldebatte ist lang und verzweigt. Nach einigen Beobachtern reicht sie bis Ende der 70er Jahre zurück (Wong 1992). Die Debatte ist vermischt mit dem Diskurs über Fremde im allgemeinen. Man kann sie nicht auf einen Nenner oder auf eine »Botschaft« zusammenfassen. Trotzdem glaube ich feststellen zu können, daß die Eliten hier eine wichtige Rolle gespielt haben. Der Diskurs beginnt auf der lokalen Ebene, wenn Politiker bei Kommunalwahlen versuchen, das Thema zu benutzen, um Wähler für sich zu mobilisieren. Das Thema Fremde und Asyl gewinnt bei der Bundestagswahl 1983 nationale Bedeutung. Der damalige Generalsekretär der CDU, Geißler, versuchte, eine Vereinbarung mit den anderen Parteien zu erreichen, wonach das Thema Gastarbeiter nicht zum Thema des Wahlkampfes gemacht werden sollte. Die Stigmatisierung von Asylbewerbern erreicht einen Höhepunkt in den frühen 1990er Jahren. Zu denen, die dazu beitragen, gehören z.B. der damalige Innenminister Seiders. Er wischte den Vorschlag, Bundeskanzler Kohl sollte an den Trauerfeiern für die in Solingen gestorbenen Opfer einer fremdenfeindlichen Attacke teilnehmen, mit den Worten »Beileidstourismus« vom Tisch; Journalisten wie F. K. Fromme in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung äußerten Verständnis für die Attacken der Rechtsradikalen und Neonazis auf das Asylbewerberheim in Rostock 1992: »Wird ein Anteil von fremdartigen, sich an den Sitten des Landes nicht einmal ansatzweise anpassenden Zuwanderern erreicht, die zudem in ihrer großen Mehrheit den Namen Asylbewerber nicht verdienen, und schafft es der Staat nicht, solche Leute nach kurzer Zeit abzuschieben oder besser gar nicht erst ins Land zu lassen, gibt es Eruptionen bei einer Bevölkerung, die selbst innerlich Asyl suchen möchte auf einer sozialstaatlichen Insel der seligen Sicherheit« (FAZ, 25. 8. 1992); und schließlich von Mitgliedern von Gemeindeverwaltungen, die mit sogenannten »Zählappellen« den Eindruck erwecken, als betrögen Asylbewerber ständig den Steuerzahler. Diese Mitglieder der politischen, administrativen und kulturellen Eliten handeln jeder für sich, erzeugen aber damit einen Diskurs, in dem spezifische Gruppen stigmatisiert und als Opfer für Attacken legitimiert werden. M.a.W.: Der Diskurs ist ein Prozeß von langer Dauer, in welchem Mitglieder der Eliten eine zentrale Rolle spielen.

Die Bedingung der Möglichkeit dieser Stigmatisierung ist der Prozeß, den ich mit »institutionellem Vergessen« bezeichnet habe (Douglas 1986).⁶ Wäre die Geschichte des Asylrechts den Akteuren bewußt, wäre die Bedeutung, die man ursprünglich dem Asylrecht gegeben hatte, gegenwärtig, wäre sie im Bezugsrah-

men der Handelnden, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß die Akteure die Asylbewerber in der Weise stigmatisieren, wie dies geschehen ist.

4.2. Die langfristige »Strategie« eines Bundeskanzlers

Ich möchte jetzt die Analyse ausweiten, um noch einmal der Frage nach den Bedingungen der Änderung der Basiserzählung nachzugehen. Ich greife zunächst einen kleinen und unscheinbaren Konflikt auf. An diesem läßt sich aber die Systematik des Diskurses über die Basiserzählung nachzeichnen.

Im Jahre 1977 »entführte« die Frau des in Italien einsitzenden sogenannten Kriegsverbrechers Herbert Kappler diesen nach Deutschland. Der Waffen-SS-Offizier Kappler war verantwortlich gewesen und hatte selbst an der Erschießung von 335 italienischen Bürgern an den adreatinischen Gräben außerhalb von Rom teilgenommen. Dies war eine Vergeltungsmaßnahme gegen eine Attacke auf die Militärpolizei in Rom 1944, bei der 33 Soldaten getötet worden waren. Eine Debatte entsteht nun im Jahre 1977 darüber, ob Kappler ausgeliefert oder erneut vor Gericht in Deutschland gestellt werden soll. Der italienische Premierminister Giulio Andreotti und Bundeskanzler Helmut Schmidt versuchen, den Fall herunterzuspielen. Im Kern lauten ihre Argumente: »Lassen wir die Vergangenheit ruhen«. Der Leiter der Opposition im Deutschen Bundestag, Helmut Kohl, gibt »eine gewisse Befriedigung darüber zu erkennen, daß sich der Siebzigjährige auf freiem Fuß befinde. ›Das Drama hat ein Ende gefunden«, sagte er in Bonn und erinnerte daran, daß er sich ebenso wie viele andere namhafte Persönlichkeiten seit Jahren für die Freilassung Kapplers eingesetzt habe. Dabei sei er davon ausgegangen, daß sein Einsatz nichts mit den von Kappler begangenen Taten zu tun habe, ›die wir zutiefst bedauern« (Frankfurter Rundschau, 18. 8. 1977).

Man kann den Verlust einer Geldbörse bedauern; man kann auch die Beleidigung einer Person bedauern. Wenn man aber die Ermordung von 335 Menschen bedauert, dann macht man daraus einen vernachlässigbaren Normbruch. Die Deutung des Falles Kappler durch Helmut Kohl ist aber kein Zufall. Im Januar 1984 besucht Kohl, nunmehr Bundeskanzler, Israel. In einer Rede im Knesset (25. 1. 1994) hat er den Slogan »die Gnade der späten Geburt« kreiert. Mit diesem Spruch versuchte er, die Last der NS-Vergangenheit von sich abzuladen (Althoff 1995; Schwab-Trapp 1995). Menschen, die so alt wie er oder jünger seien, hätten im Grunde nur eine eingeschränkte Verantwortung für die Vergangenheit. Im Jahre 1985 nötigt Bundeskanzler Kohl den US-Präsidenten Ronald Rea-

gan, mit ihm nach Bitburg zu gehen. Dort sollen die beiden mit einem Handschlag über den Gräbern von Waffen-SS-Soldaten die Vergangenheit hinter sich lassen. Die »Botschaft« ist klar, die Vergangenheit ist vergangen.

Nimmt man diese Handlungen nach ihrem äußeren Anschein, dann sind die Handlungen Kohls das Resultat einer rationalen »Strategie«. Im Jahre 1984, bei dem Besuch Kohls in Israel, versucht der Bundeskanzler, die speziellen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik neu zu definieren. Die Beziehungen müssen auf eine normale Basis gestellt werden, sagt Kohl. Dies fügt sich den politischen und ökonomischen Interessen der Zeit. Die Bundesrepublik verhandelt mit Saudi-Arabien über die Lieferung von deutschen Panzern. Normale Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik wären von ökonomischem Nutzen. Des weiteren versucht Helmut Kohl, der Bundesrepublik einen besseren Status in der internationalen Staatengemeinschaft zu geben. Ein Kommentator verbindet diese beiden Themen: Zwar müsse man auf Israel Rücksicht nehmen, aber politische Entscheidungen über deutsche Interessen würden in Bonn und nicht in Jerusalem getroffen (Bayern-Kurier, 4. 2. 1984).

Ich habe den Begriff Strategie in Anführungszeichen gesetzt. Es wäre falsch, das Verhalten des Bundeskanzlers als Ausdruck einer rationalen Strategie aufzufassen. Im Jahre 1984 gibt es eine Übereinstimmung zwischen ökonomischen und außenpolitischen Interessen auf der einen Seite und der Art und Weise, wie Kohl die Vergangenheit definiert. Man kann das Verhalten als eine Strategie *rekonstruieren*. Aber diese Strategie hat nichts mit kurzfristigen ökonomischen oder politischen Interessen zu tun. Während im Jahre 1977 die Argumente Kohls in einem kleinen Konflikt mehr oder weniger unsichtbar bleiben, erreicht sein Spruch von der »Gnade der späten Geburt« die ersten Seiten aller bedeutenden deutschen Tageszeitungen. Im Jahre 1985, in Bitburg, werden seine Versuche der Umdeutung der NS-Vergangenheit zu der offiziellen Politik der Bundesregierung. Wenn wir Kohls Reaktionen auf andere Ereignisse einbeziehen, z.B. die Veranstaltungen zur Erinnerung an die Landung der Truppen in der Normandie in den Jahren 1984 und 1994, an denen Kohl nicht teilnehmen durfte, und die Feierlichkeiten zur 50. Begehung des Kriegsendes, dann wird es klar, daß Kohls Handlungen Teil eines langfristigen Prozesses sind. Sie sind Teil eines Diskurses über die nationalsozialistische Vergangenheit, der sich auf die Basiserzählung bezieht. Das Ziel dieses Diskurses besteht darin, die NS-Vergangenheit zu neutralisieren. Innerhalb dieser »Strategie« machen Kohls Aussagen einen Sinn. Sie definieren die NS-Vergangenheit um.

Die Bedeutung dieser Ereignisse in Bezug zu der Basiserzählung sind die folgenden. Seit den Nürnberger Prozessen in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre gibt es eine Forderung nach einem »Schlußstrich«. Man möchte sich nicht mehr

mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen, und man möchte auch emotional die Vergangenheit hinter sich lassen. Dies ist ein mehr oder weniger deutlich vernehmbares »Grummeln« im Untergrund. Es erreicht von Zeit zu Zeit die Leserbriefspalten von Zeitungen. Es war allerdings nie offizielle Politik. Erst mit Helmut Kohl und mit seinerstituierung als Bundeskanzler 1982 wird dieses Grummeln zu der offiziellen Politik. Die Bedeutung von Kohls Handlungen sind von zweifacher Art:

- a. Die Vorstellung, daß die Deutschen die Vergangenheit vergangen sein lassen, wird von dem mächtigsten deutschen Politiker legitimiert.
- b. Die gesamte NS-Vergangenheit steht zur Disposition. In vielen anderen Konflikten in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren und auch in dem eben geschilderten Konflikt über das Asylrecht, sind es spezifische Aspekte der NS-Vergangenheit, die zur Debatte stehen. Nun, mit der Frage nach der Vergangenheit in der Kohlschen Fassung, steht die Frage zur Debatte, ob die NS-Vergangenheit uns moralisch *überhaupt* etwas zu sagen hat.

5. Politische Kultur und Veränderung der Basiserzählung

Ich habe mit zwei Beispielen versucht zu zeigen, daß die Basiserzählung sich verändert. Diese Veränderung ist die Bedingung der Möglichkeit für Antisemitismus, Neonazismus und Attacken auf Fremde und andere Minderheiten. Innerhalb der Zeit, die mir zur Verfügung stand, war es nicht möglich, weitere Fälle zu beschreiben. Ein Aspekt dieser Veränderung, auf den ich nicht eingegangen bin, ist der Antisemitismus. Ein weiterer Aspekt ist die Beziehung zwischen der bundesrepublikanischen Basiserzählung und der Basiserzählung der ehemaligen DDR, der Antifaschismus sowie die neue Basiserzählung, die SED-Vergangenheit. In Bezug auf Antisemitismus glaube ich zeigen zu können, daß auch hier kleine, aber signifikante Veränderungen stattfinden. Die Auschwitz-Leugnung ist Antisemitismus. Es ist nicht, wie fast alle Kommentatoren hervorheben, ein singulärer Fall. Die Schematismen, die im Antisemitismus zum Ausdruck kommen, also der kulturelle Code (Volkov 1990), verändern sich zwar ihrem Inhalt nach und passen sich den historischen Gegebenheiten an. Themen wie Israel und die Palästinenser finden in den kulturellen Code des Antisemitismus Eingang. Aber die Struktur des Codes, d.h. die Unterscheidung zwischen Juden und Nicht-Juden, ist heute genauso präsent wie vor 10, 20 oder 40 Jahren. Diese Struktur kann jederzeit wieder mobilisiert werden. In Bezug auf die ver-

schiedenen Basiserzählungen glaube ich, nachweisen zu können, daß die NS-Vergangenheit in den Hintergrund geschoben wird und die SED-Vergangenheit in den Vordergrund gerät.

Ich möchte einen Punkt besonders hervorheben, der in der Analyse der Basiserzählung eine Rolle spielt. Kulturelle Einheiten, d.h. Bedeutungen und Symbole, verändern sich nur graduell. Es gibt selten »Revolutionen« von Bedeutungen, sondern nur graduelle Veränderungen in der Art und Weise, wie man denkt, spricht und schreibt über die NS-Vergangenheit, über Juden, über sogenannte Kriegsverbrecher, über Vertreibung, über die »Stasi«, über Antifaschismus etc. Diese Veränderungen finden in verschiedenen institutionellen Arenen statt. Allerdings kumulieren sich solche Veränderungen. Sie haben zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einer bestimmten historischen Periode dann große Handlungskonsequenzen. Die Basiserzählung legitimiert scheinbar plötzlich Verhaltensweisen, die früher undenkbar gewesen wären.

Die Veränderung der Basiserzählung hat die folgenden Konsequenzen:

- a. Die NS-Vergangenheit verliert etwas von ihrer negativen Bedeutung. Der Bezugsrahmen verändert sich langsam.
- b. Dies hat zur Folge, daß Akteure die ganze Vielfalt von Symbolen, Worten, Argumenten und Slogans benutzen können, die sich auf die NS-Vergangenheit beziehen. Sanktionen, die üblicherweise bei ihrer Benutzung fällig werden, haben nicht die Strenge bzw. die Konsequenz wie ehemals.
- c. Individuen und Institutionen, die für die Ahndung von Normbrüchen in Bezug auf die NS-Vergangenheit »zuständig« sind, argumentieren nicht mehr mit Ausschluß und Marginalisierung. Sie befürworten statt dessen die Integration der Abweichler und deren »Behandlung«.

Was bedeuten diese Veränderungen für die politische Kultur in Deutschland im allgemeinen?

Der Diskurs über Demokratie in der Bundesrepublik und in Deutschland ist durch eine Gegenüberstellung von politischer Kultur und *Institutionen* charakterisiert. Von Sidney Verba (1965) und Ralf Dahrendorf (1965) bis M. Rainer Lepsius (1982) findet man die Auffassung, daß die Institutionen in der Bundesrepublik stabil und demokratisch seien. Dahrendorf urteilt zwar kritischer und skeptischer als Lepsius – das liegt auch an der zeitlichen Differenz, von der aus sie die Bundesrepublik betrachten –, ihr Vertrauen an die Institutionen ist aber doch markant.⁷

Betrachtet man die Ereignisse nach 1989 mit Institutionen im Blick, dann kann man eine gewisse Skepsis gegen die Idee äußern, die Institutionen stützten die Demokratie. Die Änderung des Art. 16 GG ist eine institutionelle Reaktion.

Die Inaktivität der Polizei in Rostock und in Magdeburg ist ein ebensolches institutionelles Nicht-Handeln. Dahinter stehen auch Entscheidungen von Verwaltungen, wie im Falle von sogenannten »Zählappellen«. Die Stigmatisierung von Asylbewerbern ist auch das Ergebnis von Handeln von Eliten in zentralen Institutionen wie Politik, Administration und Medien. Wenn deshalb die Institutionen in einen Gegensatz zu der politischen Kultur gebracht werden, dann ist dies ein falscher Gegensatz.

Eine der Ursachen für dieses Vertrauen in die Institutionen ist im Vertrauen auf das Recht zu sehen. Die politische Kultur in Deutschland ist auch eine »Rechtskultur«. Man kann dies u.a. in den Konflikten über die NS-Vergangenheit immer wieder feststellen. Die Akteure drängen zum Recht. Mittels Recht glaubt man, Wahrheit ermitteln zu können. Dagegen ist, um die Bundesrepublik mit den USA zu vergleichen, in den USA Recht ein Mittel, um Interessen durchzusetzen. Der Glaube an das Recht bildet auch die Grundlage für den Glauben an die Institutionen. Institutionen werden verdinglicht.

Das Verhältnis von Institutionen und politischer Kultur ist ein Schlüssel, mit dem man die Tür zu den Veränderungen, die zum Zusammenbruch der Institutionen in der DDR führten, öffnen kann. Die Basiserzählung der DDR ist der Antifaschismus. Er wurde bereits 1945 »etabliert« (Groehler 1992). Er legitimierte die Herrschaft derjenigen, die für sich in Anspruch nehmen konnten, diese Tradition zu verkörpern. Dazu zählte bis zuletzt eine kleine Clique von alten Männern wie Honecker und Mielke. Der Antifaschismus hat sich im Laufe der Jahre abgeschliffen. In der Mitte der 1980er Jahre war seine Wirkung nur rudimentär. Mit dem Unwirksam-Werden der DDR-Basiserzählung wurde auch die Basis der Legitimität in Frage gestellt. Die Unwirksamkeit der Basiserzählung hat mit dazu beigetragen, daß die DDR untergegangen ist (vgl. Wittich 1992). In einer dem westdeutschen Phänomen ähnlichen Weise haben sich im Laufe der Zeit Bedeutungen von zentralen Elementen des Antifaschismus verändert, bis schließlich der Antifaschismus insgesamt als »hinderlich«, als nicht »zukunfts-fähig«, gegolten hat. Um die These zu belegen, müßte man detaillierte Analysen des Antifaschismus in der DDR durchführen, so wie ich es mit der Basiserzählung der Bundesrepublik gemacht habe. Wenn die These richtig ist, dann bedeutet sie, daß der Glaube an Institutionen – im Gegensatz zur politischen Kultur im Sinne eines Bedeutungssystems, eines Bezugsrahmens – höchst fragwürdig ist. Denn plötzlich und ohne Warnung brechen Institutionen zusammen. Der Zusammenbruch der DDR ist ein Zusammenbruch von Institutionen. Innerhalb einer kurzen Zeit hören die Institutionen auf zu funktionieren. Es zeigen diese Zusammenbrüche die Fiktion von Institutionen.

Anmerkungen

- 1 Unter Gewalttaten wird hier Brandstiftung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Mord und Totschlag (einschließlich Versuche) verstanden. Die methodischen und inhaltlichen Probleme dieser und anderer Zählungen (z.B. die des BKA) sind bekannt und müssen hier nicht erörtert werden (vgl. Frehsee 1993). Hier kommt es darauf an, daß alle Zählungen einen sprunghaften Anstieg dieser Taten von 1989 bis 1992 bzw. 1993 und möglicherweise einen Rückgang 1994 anzeigen.
- 2 Ich danke Frau Anja Heiden für die Zusammenstellung der Statistiken auf der Basis der Berichte des Verfassungsschutzes.
- 3 Der Fall ist noch etwas komplizierter. Bubis und der Zentralrat wurden vom Präsidenten der Rostocker Bürgerschaft eingeladen. Die Attacken auf Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen galt aber Zigeunern und Vietnamesen. Zwar hatte eine Gruppe französischer Juden nach den Attacken auf die ZAST eine Demonstration in Rostock veranstaltet, im Laufe derer sie von der Polizei viel brutaler behandelt wurden als die Rechtsradikalen kurz davor. Dieser Vorfall genügt aber nicht, um die Einladung an Bubis zu erklären.
- 4 Es gibt vergleichbare Artikel, die zu derselben Frage wie im Falle von Kuechler führen (Scheuch 1992; Wiegand 1992).
- 5 Die Ergänzung des Grundgesetzes durch Art. 16a hat zum Inhalt, wie man das Recht auf Asyl in Anspruch nehmen kann. Zwar genießen immer noch politisch Verfolgte Asylrecht. Aber es gibt eine Reihe von Ausnahmen zu dieser Regelung. Am wichtigsten ist es, daß Personen, die von sogenannten »sicheren Drittstaaten« in die Bundesrepublik einreisen, ihr Recht auf Asyl verwirkt haben.
- 6 Das neue Verbrechenbekämpfungsgesetz enthält einen vergleichbaren Fall von institutionellem Vergessen. Die westlichen Alliierten haben das Grundgesetz nur unter der Bedingung akzeptiert, daß die Polizei und der Bundesnachrichtendienst klar getrennte Handlungsbereiche zugewiesen bekamen. Während der Nazizeit hatte die Gestapo und die Polizei überlappende Kompetenzen und Handlungsbereiche. Das neue Gesetz (Verbrechenbekämpfungsgesetz) erlaubt jedenfalls einen gewissen Austausch von Informationen zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der Polizei. Vgl. Sonnen 1994.
- 7 Lepsius betont die Bedeutung der bundesstaatlichen Verfassung, des Bundesverfassungsgerichtes, der zentralen Organisation der Interessenvertretungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern usw. Diese institutionellen Arrangements sichern die Bundesrepublik vor extremen politischen Veränderungen.

Literatur

- Althaus, Claudia (1995), *Die symbolische Funktion des Rechts und die Leugnung von Auschwitz*, vervielf. Ms. Siegen.

- Althoff, Martina (1995), Die symbolische Ökonomie politischer Konflikte. Eine Diskursanalyse um Helmut Kohls Israelreise 1984. In: Thomas Herz (Hg.): *Umkämpftes Terrain. Diskurse über den Nationalsozialismus nach 1945*, vervielf. Ms. Siegen: 142-164.
- Bayart, Jean-Francois (1989), *L'Etat en Afrique*. Paris.
- Bourdieu, Pierre (1992a), Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen. In: Ders.: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: 81-86.
- Bourdieu, Pierre (1992b), Sozialer Raum und symbolische Macht. In: Ders.: *Rede und Antwort*. Frankfurt am Main: 135-154.
- Butterwege, Christoph/Isola, Horst (Hg.) (1991), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. Bremen/Berlin.
- Dahrendorf, Ralf (1965), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München.
- Douglas, Mary (1986), *How Institutions Think*. Syracuse.
- Freehse, Detlev (1993): Zu den Wechselwirkungen zwischen (Kriminal-)Politik und Gewalttaten vor rechtsextremistischem Hintergrund. In: *Kriminologisches Journal* 1993: 260-278.
- Garland, David (1990), *Punishment and Modern Society*. Oxford.
- Geertz, Clifford (1973), Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture. In: Ders.: *The Interpretation of Cultures*. New York: 3-30.
- Groehler, Olaf (1992), Antifaschismus – vom Umgang mit einem Begriff. In: Ulrich Herbert/Olaf Groehler: *Zweierlei Bewältigung*. Hamburg: 29-40.
- Kowalski, Wolfgang/ Wolfgang Schroeder (Hg.) (1994), *Rechtsextremismus*. Opladen.
- Kuechler, Manfred (1994), Germans and ›Others‹: Racism, Xenophobia, or ›Legitimate Conservatism‹? In: *German Politics*, Jg.3 Nr.1, 47-74.
- Kuhn, Thomas (1970), *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago.
- Lepsius, M. Rainer (1982), Institutional Structures and Political Culture. In: Döring, Herbert, and Gordon Smith (Hg.): *Party Government and Political Culture in Western Germany*. London and Basingstoke: 116-129.
- Otto, Hans Uwe/Roland Merten (Hg.) (1993), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*. Bonn.
- Sahlins, Marshall (1985): *Islands of History*. London, New York.
- Scheuch, Erwin K. (1993), »Niemand will gern zur Minderheit gehören«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10.2.1993.
- Schneider, Hans-Peter (1992), Das Asylrecht zwischen Generosität und Xenophobie. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*: 217-236.
- Schwab-Trapp, Michael (1995), »Pleiten, Pech und Pannen«. Kohls Reise durch die Fettöpfchen. In: Thomas Herz (Hg.): *Umkämpftes Terrain. Diskurse über den Nationalsozialismus nach 1945*, vervielf. Ms. Siegen: 165-187.
- Scott, Marvin B., Stanford M. Lyman (1968), Accounts. In: *American Sociological Review*: 46-62.
- Sonnen, Bernd-Rüdiger (1994), Mangelnde Sensibilität. In: *Neue Kriminalpolitik*. Heft 4: 6-7.
- Sykes, Gresham M. und David Matza (1957), Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency. In: *American Sociological Review*: 664-670.

- v. Trotha, Trutz (1993), Politische Kultur, Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Gewalt. Notizen über die politische Erzeugung von Fremdenfeindlichkeit und die Entstehung rechtsradikaler Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Beitrag zur Tagung »No Justice – No Peace?«. Penn State University.
- Verba, Sidney: Germany (1965), The Remaking of Political Culture. In: Lucian W. Pye/Sidney Verba (Hg.): Political Culture and Political Development. Princeton, N. J.: 130-170.
- Volkov, Shulamit (1990), Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich. In: Dies.: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. München: 131-145.
- Wiegand, Erich (1992), Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? In: ZUMA-Nachrichten. No. 31: 7-28.
- Wittich, Bernd (1992), Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus und Rechtsextremismus. In: Karl-Heinz Heinemann/ Wilfried Schubarth (Hg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Köln: 29-36.
- Wong, Diana (1992), Fremdheitsfiguren im gesellschaftlichen Diskurs. In: Joachim Matthes (Hg.): Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs. Göttingen: 405-419.

Zeitungsberichte und -kommentare sowie Leserbriefe

- »Reise Kohls als Brückenschlag«, in: Bayern-Kurier v. 4.2.1984.
- »Herbert Keppler kommt kaum noch einmal ins Gefängnis«, in: Frankfurter Rundschau v. 18.8.1977.
- fr. [Friedrich Karl Fromme]: »Zwischen den Fronten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25.8.1992.
- »Eklat in Rostock: Bubi von CDU-Mann brüskiert«, in: Frankfurter Neue Presse v. 2.11.1992.
- »Verkehrter Nationalcharakter«, »Wie Kluncker Soldat gewesen«, »Für Stalin ein Gegenangriff«, »Vor Vertreibung zur ethnischen Säuberung«, 4 Leserbriefe, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.3.1995.
- »Parallelen die sich im rechten Winkel treffen«, Süddeutsche Zeitung v. 5.9.1994.

Thomas Herz starb am 25. November 1995